



PRESSEKONFERENZ

- Aktuelle Gemeinderats-Initiativen
der ÖVP Linz
- Klubobmann Mag. Martin Hajart

Dienstag, 18. Oktober 2016

9.30 Uhr

Presseclub Ursulinenhof

Saal B

Klubobmann Hajart: „Linz braucht eine Sucht- und Drogenstrategie!“

„Die Problematik der Drogenszene in Linzer Parkanlagen, beim Krempel-Hochhaus, beim Grünmarkt Urfahr, in manchen Innenstadtlokalen, etc. zeigt, dass dieses Problem nicht nur auf die Bekämpfung der Drogenkriminalität reduziert werden darf, sondern, dass sich die Stadt Linz auch dem Thema einer offenen Szene der Sucht- und Drogenkranken aktiv stellen muss“, pocht **Klubobmann Martin Hajart** auf eine Sucht- und Drogenstrategie für Linz. Es brauche umfassendere Ansätze, ein Maßnahmenbündel, wie etwa in Wien. Dort hat die Stadt seit 1999 ein eigenes Drogenkonzept, das zuletzt um die „Wiener Sucht- und Drogenstrategie 2013“ erweitert wurde.

„Am Beispiel Hessenplatzpark hat es lange gedauert, zu lange, aber mittlerweile sind sich die politisch Verantwortlichen in der Stadt wenigstens einig, dass es notwendig ist, die Problematik in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe anzugehen“, so **Hajart**, der nun von der SPÖ-Sozialreferentin und dem FPÖ-Sicherheits- und Gesundheitsreferenten einfordert, gemeinsam einen Prozessablauf für die Erarbeitung einer ganzheitlichen, aktuellen Sucht- und Drogenstrategie vorzuschlagen. Weiters müsse auch in den Ausschüssen beraten werden, wie und in welchem Zeitraum diese erarbeitet werden kann. Dabei sollen auch die relevanten Institutionen sowie die Bundes- und Landesebene einbezogen werden.

Freiwillige Leistungen an Integrationserklärungen knüpfen

Aufgrund der kürzlich durchgeführten Mindestsicherungs-Novelle des Landes gibt es nun für Kommunen die Möglichkeit, freiwillige Leistungen der Städte und Gemeinden an die vorgeschriebene Integrationserklärung zu knüpfen. „Es geht darum, die Leistung an die Unterschrift zu koppeln, womit auch die Möglichkeit besteht, Leistungen bei Verweigerung der Unterschrift bzw. bei Nichteinhaltung der unterschriebenen Integrationserklärung zu reduzieren“, schlägt **Hajart** vor, der im kommenden Gemeinderat diesen Vorstoß einbringen wird.

Konkret geht es um Asylberechtigte und Subsidiär Schutzberechtigte. Im Zuge der Beratungen im Ausschuss für Soziales, Jugend, Familie und Integration über die Evaluierung und Adaptierung des „Maßnahmenpakets Integration“ soll eine

Entscheidung darüber getroffen werden, inwieweit freiwillige Leistungen der Stadt Linz für Asylberechtigte und Subsidiär Schutzberechtigte von der Abgabe der Integrationserklärung anhängig gemacht werden. *„Eine freiwillige Leistung, die bei Verstößen gegen die Integrationserklärung gestrichen werden könnte, wäre der Aktivpass“*, erklärt **Hajart**, der einen Diskurs über eine derartige Regelung in der kommenden Gemeinderatssitzung führen will. *„Es geht darum, Werte und Regeln unserer Gesellschaft sowie des Zusammenlebens einzuhalten.“*

Linzer Sparpaket: Aufklärung über die Streichung der Parkberechtigungskarten für Hebammen und ambulanten Pflegediensten verlangt!

„Wenn das die ersten Auswirkungen des Linzer Sparpakets sind, dann muss man sich schon fragen, ob Linz nicht an der falschen Stelle spart“, so **Hajart**. Denn das Streichen von Parkberechtigungskarten für ambulante Pflegedienste und Hebammen würde mit voller Wucht den Sozialbereich treffen und schließlich wieder am Rücken von Pflegebedürftigen, Kindern, Familien und der älteren Bevölkerung ausgetragen. Denn offensichtlich hat sich in letzter Zeit die Vergabep Praxis von Parkgebührenbefreiungen geändert, da beispielsweise Hebammen und Geburtshelferinnen nun kaum mehr entsprechende Parkberechtigungskarten erhalten. Damit diese Dienste auch in Zukunft ihre wertvolle Tätigkeit unkompliziert ausüben können, hat die ÖVP für den kommenden Gemeinderat eine Anfrage an Vizebürgermeister Wimmer eingebracht.

Konkret mit diesen Fragestellungen:

1. Wie viele solcher Parkgebührenbefreiungen wurden im Vorjahr bzw. heuer ausgegeben?
2. Gibt es eine Aufstellung nach Berufsgruppen? Wenn Ja: Wie verteilen sich die Parkkarten nach Berufsgruppen?
3. Wurden im Vorjahr und heuer Ansuchen für solche Parkkarten abgelehnt? Wenn ja: Wie viele und aus welchen Gründen?

4. Welche Möglichkeiten gäbe es, damit Hebammen und Geburtshelferinnen die für ihre Dienste notwendigen Ausnahmegenehmigungen auch weiterhin erhalten?

„Linzer Zukunfts-Mobilitätskonzept muss einen umgehenden Ausbau des Geh- und Radweges auf der Steyregger Brücke beinhalten!“

ÖVP und Grüne bringen in der kommenden Gemeinderatssitzung gemeinsam eine Resolution für einen zukunftsorientierten Ausbau des Geh- und Radweges auf der Steyregger Brücke im Zuge der Brückensanierung ein. *„FPÖ-Verkehrslandesrat Steinkellner ist damit gefordert, die dringend notwendige Verbreiterung dieser wichtigen Linzer Rad-Verkehrsader, allen voran zur Sicherheit der Radfahrer, voranzutreiben – denn der geplante unterwasserseitige Radweg mit nur 1,4 Metern Breite stellt ein massives Sicherheitsrisiko dar“*, so **ÖVP-Klubobmann Hajart**.

Hintergrund für den gemeinsamen Vorstoß ist, dass mit einer Sanierung auf der Unterwasserseite im Jahr 2017, die Breite des Radweges offenbar nur mehr 1,4 Meter betragen soll. Damit sei die wichtige Linzer Rad-Verkehrsachse auf dieser Seite künftig wohl nur mehr als Gehweg nutzbar, was gleichzeitig den Einsatz von Winterdienst und Kehrfahrzeugen unmöglich machen würde. Ein Zukunfts-Mobilitätskonzept für Linz müsse laut **Hajart** auch ein schlüssiges, ausgeklügeltes und sicheres Radwegenetz für die Stadt beinhalten. *„Radfahren muss ein wichtiger Teil der Linzer Gesamtverkehrsstrategie sein und darf keinesfalls stiefmütterlich behandelt werden, hier geht es ganz klar auch um ein Mehr an Lebensqualität“*, so Hajart, der befürchtet, dass der Radweg in wenigen Jahren zu einer Engstelle mit Sicherheitsproblemen werden wird. Die Planungen scheinen zudem auch viele zu erwartende und von der Politik angestrebte Entwicklungen, wie einem deutlichen Anstieg des Radverkehrsanteiles (bis 2020 15% Anteil am Gesamtverkehr) und etwa den vermehrten Einsatz von Lastenrädern und Radanhängern nicht zu berücksichtigen. Auch eine Verbreiterung zu einem späteren Zeitpunkt würde aufgrund von einem nachträglich zu erwartenden Mehraufwand und Kosten nur mehr schwer realisierbar sein.

Viele offenen Fragen in Bezug auf die Finanzierung der zweiten Schienenachse durch die Stadt Linz

Bereits am 8. März 2012 hat der Linzer Gemeinderat im Amtsantrag zur zweiten Schienenachse als Bekenntnis zur Trassenführung und Mitfinanzierung der Einreichplanung folgenden Beschluss und Auftrag an den Finanzreferenten gefasst, der jedoch bis heute noch nicht umgesetzt wurde:

„Der Gemeinderat bekennt sich zur Mitfinanzierung der Einreichplanung. Der Finanzreferent des Stadtsenates wird ersucht, eine diesbezügliche Vereinbarung mit der Linz AG vorzubereiten und in Folge dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorzulegen.“

„Der SPÖ-Finanzreferent wird daher aufgefordert, im nächsten Finanzausschuss einen Zwischenbericht über die möglichen Finanzierungen der zweiten Schienenachse vorzulegen und darüber zu informieren, welche finanziellen Beträge die Finanzverwaltung der Stadt Linz in der neuen mittelfristigen Finanzplanung bis 2021 jährlich einplant“, fordert Hajart Transparenz.

Aufgrund einer ÖVP-Gemeinderatsanfrage informierte Bürgermeister Luger im Gemeinderat am 5. März 2015, dass seitens der Stadt Linz für die Rechnungsjahre 2015 und 2016 insgesamt Planungskosten von drei Millionen Euro vorgesehen wären und in der mittelfristigen Finanzplanung für die 2. Schienenachse bis 2019 weiter Anlaufkosten von 2,1 Millionen Euro eingeplant sind. Weiters informierte der Bürgermeister am 5. März 2015 den Gemeinderat, dass aufgrund der Finanzierungszusagen des Landes für die bisher angefallenen Planungskosten und die Einreichplanung der Trasse ohne Brücke der Finanzierungsanteil der Stadt 3,3 Millionen Euro betragen werde.

„Die Einreichplanung soll zwar demnächst fertiggestellt werden. Was aber nach wie vor fehlt, ist die Vorlage einer Finanzvereinbarung zwischen der Stadt Linz und der Linz AG für die Finanzierung der Einreichplanung“, so Hajart.

Die Frage zur Umsetzung des Gemeinderatsbeschlusses vom 8. März 2012 betreffend der beauftragten Verhandlungen mit dem Bundeskanzler und dem Verkehrsminister über eine Kostenbeteiligung des Bundes an der zweiten Schienenachse beantwortete Bürgermeister Luger im Gemeinderat am 5. März 2015 wie folgt:

„Ich werde sinnvollerweise weitere Schritte erst dann setzen, wenn alle Parameter für dieses Projekt fixiert sind. Es ist üblich - das wissen wir zum Beispiel von der Linzer Westumfahrung -, dass mit anderen Behörden und mit anderen Ebenen unserer Republik, ob das Land oder Bund ist, erst dann gesprochen und verhandelt werden kann, wenn eine Einreichplanung und eine Kostenkalkulation auf dem Tisch liegen. Vorher macht das keinen Sinn.“

Fraglich ist, ob und wie die Stadt Linz - ohne eine größere Finanzierungsbeteiligung des Bundes - überhaupt finanziell in der Lage ist, den Bau der zweiten Schienenachse zu beschließen. Linz AG Vorstandsdirektor Erich Haider hat bereits öffentlich eine Vorfinanzierung der zweiten Schienenachse durch die Linz AG in einem Zeitungsinterview ausgeschlossen.

„ÖVP bringt Gemeinderatsantrag zur Bürgerbefragung mit Schwerpunkt 'Integration' als wichtiges Demokratiewerkzeug ein“

Die ÖVP brachte für den kommenden Gemeinderat einen Antrag zur für das Jahr 2017 für Linz geplanten Bürgerinnen- und Bürgerbefragung ein, konkret mit dem Augenmerk auf den Bereich Integration. **Klubobmann Martin Hajart:** „Unser Vorstoß zielt darauf ab, einen Schwerpunkt auf den Bereich Integration zu setzen. Wir wollen damit herausfinden, wie die Linzer Bevölkerung zur Integrationsthematik steht und wie es den Linzern, ob Migranten oder Nicht-Migranten, im alltäglichen Umgang miteinander geht und wo der Schuh drückt.“

Hajart sieht in der Dynamik der Zuwanderung nach Linz klar weitere Herausforderungen auf die Stadt zukommen, die seitens der Politik auf jeden Fall angegangen gehören. So ist der Anteil von Menschen mit ausländischer Staatsbürgerschaft von 13,2% im Jahr 2006 auf 20,6% im Jahr 2016 gestiegen. Der Anteil der in Linz lebenden Menschen mit ausländischer Herkunft beträgt mittlerweile gar rund ein Drittel. Diese Entwicklung ist naturgemäß mit einigen Herausforderungen im Integrationsbereich verbunden.

„Leider lassen SPÖ-Bürgermeister Luger und seine Integrationsstadträtin Hörzing bislang noch immer keinerlei Bewegung erkennen, um im Integrationsbereich Schritte nach vorne zu setzen“, so **Klubobmann Hajart**. Das habe sich auch wieder in der letzten Sitzung des Sozialausschusses am Montag gezeigt, wo Stadträtin

Hörzing den zugewiesenen ÖVP-Antrag „Linz soll Pilotstadt im Integrationsbereich werden“ mit fadenscheinigen Argumenten vom Tisch wischen wollte.

Vor diesem Hintergrund soll bei der im Jahr 2017 durchzuführenden Bürgerinnen- und Bürgerbefragung ein Schwerpunkt darauf gelegt werden, wie seitens der in Linz lebenden Menschen das Zusammenleben zwischen Menschen mit in- und ausländischer Herkunft empfunden wird und in welchen Bereichen der Integration Verbesserungsbedarf gesehen wird.